

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantwortl. Redakteur:
Karl H o n a y

391

Wien, Freitag, den 14. Dezember 1928. Zweite Ausgabe.

WIENER GEMEINDERAT.

Berstattung des Hauptvoranschlags.

Sitzung vom 14. Dezember 1928.

Der Wiener Gemeinderat setzte heute die Generaldebatte über den Voranschlag für das Jahr 1929 fort. Bürgermeister Seitz eröffnete um 16 Uhr die Sitzung. Zum Worte gelangte Gemeinderat Zimmerl (F.L.), der zunächst ausführte, dass von einer Besserung der Wirtschaftslage im Allgemeinen nicht gesprochen werden kann, solange sich nicht die Lebenshalt der arbeitenden Schichten gebessert hat und der Verproletarisierung gewisser Schichten Einhalt geboten wurde. Die Höhe der Spareinlagen ist kein absolutes Anzeichen für die Besserung der Wirtschaft. Der Wunsch des Finanzreferenten, die Gelder sollen sich lieber bei der Gemeinde, als in der Hand eines Einzelnen ansammeln, ist unverantwortlich und unsinnig. Ein Finanzreferent muss die Aufrechterhaltung des Gleichgewichtes anstreben, die Interessen der Bevölkerung wahren und darf keine Absaurierungspolitik betreiben. Bereicherung und Thesaurisierung sind Begriffe, die man in der öffentlichen Verwaltung nicht kennen darf. In der Wahlbewegung haben Sie den Gewerbetreibenden eine grosszügige Gewerbeförderung versprochen. Was Sie aber Gewerbeförderung nennen, ist geradezu eine Frotzelei der Gewerbeförderung. Im Voranschlag haben Sie 20.000 Schilling dafür eingesetzt, das ist gerade die Subvention für die Naturfreunde. Ihre Subventionspolitik ist rein parteipolitisch eingestellt, Sie verweigern uns deshalb den Einblick und die uns rechtmässig zustehende Kontrolle über die Subventionsgebarung. Ich habe den Voranschlag für das Jahr 1928 den des Eingeständnisses genannt. Der Voranschlag für 1929 ist der der Unverbesserlichkeit, weil Sie erstens die guten Erfolge, die Sie mit den Steuerreformen erzielt haben, nicht weiter fruktifizieren, zweitens weil Sie mit der bisherigen Finanzierung des Wohnhausbaues fortfahren, drittens weil Sie die verlustbringenden Betriebe erst dann abgeben, wenn schon ein grosser Schaden für die Gemeinde erwachsen ist, viertens weil Sie Ihre Absaurierungspolitik weiterführen, fünftens weil Sie von der Entpolitisierung der Verwaltung nichts wissen wollen und sechstens, weil Ihnen die Verarmung der Bevölkerung ganz gleichgültig ist, Ihnen aber dafür die Bereicherung der Gemeinde am Herzen liegt. Eine Reform des Wiener Steuerdruckes ist unerlässlich. In den ersten neun Monaten dieses Jahres sind 649 Steuerbeschwerden an die Beschwerdekommision gegangen. In 71 Fällen hat der Verwaltungsgerichtshof entschieden. Um Stundungsbewilligung wurde in 11.673 Fällen und um Nachlass des Verzögerungszuschlages in 7900 Fällen angesucht. Diese erschreckend hohen Ziffern sind der beste Beweis, dass der Steuerdruck zu hoch ist.

GR. Zimmerl bespricht dann die einzelnen Abgaben und bezeichnet es als eine missbräuchliche Anwendung des Gesetzes, dass die Konsumvereine von der Fürsorgeabgabe befreit sind. Er verlangt ferner, dass die Dauer des Faschings die unsinnige Bestimmung aufgehoben wird, dass für über 1 Uhr nachts dauernde Unterhaltungen die doppelte Steuer zu entrichten ist und spricht die Hoffnung aus, dass das Gesetz, wonach Veranstaltungen deren Extragnis für Jugendorganisation und deren Zwecke bestimmt ist von der Steuer befreit werden sollen möglichst bald erledigt wird. Die Lustbarkeitsabgabe ist trotz der Ermässigung

noch immer viel zu hoch. Während im Ausland so zum Beispiel in München Kunstinstitute nicht nur keine Steuer zahlen sondern sogar subventioniert werden, werden unsere Kunstinstitute durch die Steuer geradezu gedrückt. Die Ausreichungen aus der Nahrungs- und Genussmittelabgabe müssen doch in irgend einem Zusammenhange mit den Wahlen stehen, da es sonst nicht erklärlich wäre, dass von den im Wahljahr 1927 ausgereichten 854 Betrieben im Jahre 1928 263 wieder eingereicht worden sind. GR. Zimmerl bespricht sodann die Unzukömmlichkeiten bei den Steuerrevisionen die in einer solchen Art vorgenommen werden, dass den Leuten die Führung des Geschäftes geradezu unmöglich gemacht wird. Der Ausbau des Pauschalierungssystems würde diese schikanösen Steuerrevisionen entbehrlich machen. Der Redner stellt den Antrag, dass im Sinne der Gesetze über die Nahrungs- und Genussmittelabgabe sowie der Lustbarkeitsabgabe das Prinzip der Pauschalierung beziehungsweise Abfindung in allen jenen Fällen in Anwendung zu bringen ist, die ihm geeignet erscheinen. Der Redner verweist sodann in einer Besprechung der Fremdenzimmerabgabe darauf, dass in anderen Fremdenverkehrsstätten diese Abgabe so gering ist, dass dadurch die Preisbildung gar nicht beeinflusst wird. Es müssten Erhebungen darüber angestellt werden, wie hoch in den anderen für den internationalen Fremdenverkehr in Betracht kommenden Städten die Fremdenzimmerabgabe ist. Wenn das im Ausland ausgestreute Gerücht von der besondern Tonerung in Wien auch nicht auf Richtigkeit beruht, so müssten wir doch als eine junge Fremdenverkehrsstadt alles daran setzen, um billiger zu sein, als alle anderen Städte. Der Redner stellt schliesslich einen Antrag, der amtsführende Stadtrat sei zu beauftragen, eine Gesetzesvorlage einzubringen welche die mit Gesetz vom 20. Dezember 1923 bis 31. Dezember 1932 verlängerte Wirksamkeit des Gesetzes über die Einhebung einer Wasserkraftabgabe mit 31. März 1929 für erloschen erklärt. Ferner einen Antrag, dass die Aufbringung der Mittel zur Bestreitung der Kosten der Wohnungs- und Siedlungsbauten nicht auslaufenden Einnahmen, sondern durch Aufnahme einer Anleihe zu erfolgen hat (Lebhafter Beifall und Handklatschen) bei der Einheitsliste).

GR. Gschlacht (E.L.) bezeichnet das heute geübte System als verkehrt, die Steuerschraube mit einer Härte, die an Grausamkeit grenzt, anzuziehen. Wir haben wiederholt nachgewiesen, dass gerechtfertigte Steuerermässigungen nicht nur keine Minderung, sondern sogar eine Steigerung der Einnahme zur Folge hatten. Es kam nicht der Zweck einer Gemeindeverwaltung sein, ungeheure Gewinne auf Kosten der Allgemeinheit zu erzielen, ihr Zweck kann nur sein, die Wohlfahrt aller herbeizuführen.

Der Redner nimmt dann ausführlich zu den Personalverhältnissen Stellung. Wenn die Angestellten mit der Not des Lebens zu kämpfen haben, kann man von ihnen keine volle Diensteseerfüllung erwarten. Der Personalerat muss sich daher nach der wirtschaftlichen Lage richten. Der Voranschlag für 1928 sah für den Personalaufwand 169 Millionen Schilling vor. Für 1929 sind 182 Millionen Schilling veranschlagt. Das ist ein Mehr von 12 Millionen Schilling. Wenn auch diese Mehrausgabe ihre Gründe in der letzten mässigen Regelung der Bezüge hat, so darf nicht vergessen werden, dass sich auch die Zahl der Angestellten vergrössert hat. Am 1. August 1927 zählten wir 26.029 Aktive und 9.783 Pensionisten, am 1. August d.J. hingegen 26.326 Aktive und 10.013 Pensionisten. Im Zuge der Landesverteidigung war wohl die Aufstellung der Gemeindefache der überflüssigste Luxus. Es ist unerfindlich, warum Stadtrat Breitner nichts für eine entsprechende Steigerung der Bezüge der städtischen Angestellten vorgesehen hat, wo doch, da Forderungen

gen der Angestellten in der Luft liegen, eine Gehaltserhöhung kommen muss. Es wird immer darauf verwiesen, dass die Angestellten der Stadt Wien besser als die Bundesangestellten gestellt sind, doch darf dabei nicht vergessen werden, dass diese Besserstellung von Jahr zu Jahr sinkt. Es wäre schon hoch an der Zeit, endlich einmal an eine etappenweise Valorisierung der städtischen Angestellten zu schreiten. Der Redner bespricht sodann die Auszeichnungsmethoden, von denen er behauptet, dass sie die Angestellten in das politische Lager der Sozialdemokraten locken sollen. Ein Unrecht, das gut gemacht werden muss, ist der an den Pensionisten verübte Raub der Automatik. Wir sind statt zu einer Demokratisierung der Verwaltung zur Verpolitisierung der Verwaltung gekommen. Auch der Geist der Angestelltenschaft ist von seitdem hohen Pissstiel der Unerschütterlichkeit und Ueberzeugungstreue her gestürzt. Die Mehrheit hat es bisher immer verstanden, einer öffentlichen Emancipation über Personalpolitik aus dem Weg zu gehen. Der gegenwärtige Finanzreferent hat wohl gleich nach dem Umsturz in einer grossen Versammlung im Zirkus-Busch Gebäude erklärt, die Angestellten brauchten sich um die Bedeckung ihrer Forderungen nicht zu kümmern, dafür seien andere da. Für diese Aeusserung haben wir authentische Zeugen. Heute hat es den Anschein, als würde man versuchen, die öffentlichen Angestellten an die Privatbeamten anzugleichen. Sie wollen dadurch die Leute mehr in der Hand haben. Dabei scheinen Sie ganz zu vergessen, dass dadurch die ganzen Grundlagen der öffentlichen Verwaltung erschüttert werden, worunter alle zu leiden hätten. Sie gehen aber nur von einer rein materiellen Auffassung der Dinge aus. Es darf daher niemand wundern, dass der Kitt der Liebe zur Vaterstadt und zum Volk verloren geht und unter den Angestellten die Furcht vor der Peitsche und die Verlockung eines spärlich bestrichenen Zuckerbrotes vorherrschen. In der Führung der Personalpolitik der Gemeinde Wien werden Sie bei allen Ihren Bemühungen bei all ihrer Gewalttätigkeit, den Tag kommen sehen, an dem Sie die Berechtigung unserer Forderungen anerkennen und sich mit uns an den Verhandlungstisch setzen werden. Nicht Klassenhass wird uns zusammenführen, sondern das Wohl aller, das wir wünschen zum Gedeihen unserer lieben Vaterstadt. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit)

GR Pfeiffer (E.L.) führt aus, dass im Gemeinderat nur die Minderheit zu reden hat, während die Mehrheit nur herkommt, um die Beschlüsse des Klubs verifizieren zu lassen. Der richtige Vorgang wäre aber, wenn im Gemeinderat in sachlichen Beratungen das Richtige gefunden wird. Aber es werden auch die vernünftigsten Einwendungen der Minderheit nicht beachtet und es geschieht nur das, was der sozialdemokratische Klub beschlossen hat. Alle Anträge und Vorschläge der Minderheit wandern in den Papierkorb.

Redner beschäftigt sich dann eingehend mit den Ursachen, die zur sozialdemokratischen Mehrheit im Gemeinderat geführt haben. Es ist vor allem der Krieg mit seinen Opfern gewesen, der die gegenwärtige Mehrheit zum Sieg geführt hat. Von den sozialdemokratischen Wählern haben aber die wenigstens von der marxistischen Weltanschauung tiefere Kenntnis. Es muss ausdrücklich festgestellt werden, dass es im Gemeinderat keine antisoziale Partei gibt. Höchstens die Wege sind andere, die wir gehen. Schon in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts hat Georg Schönerer mit seinem sozialen Programm grosse Erfolge erreicht. Freilich haben die Unternehmer für die Entwicklung der industriellen Arbeiterschaft und ihre sozialen Forderungen wenig Verständnis bewiesen, daher der starke Gegensatz. Dieser Standpunkt ist überwunden. Es gibt in diesem Saal heute niemanden, der nicht das soziale Streben der arbeitenden Klassen versteht und bereit ist, es zu fördern.

Ich muss betonen, dass ich mit dem Aufbau des Voranschlages nicht einverstanden bin. Er müsste nach der Verwendung der Gelder und nicht nach Verwaltungsgruppen gegliedert sein. Durch die gegenwärtige Gliederung geht jede Uebersicht verloren. Der Voranschlag soll doch kein Buch mit sieben Siegeln sein, sondern er soll ein Nachschlagebuch darstellen, in dem jeder Mensch sich zurecht findet. So wie heute der Voranschlag aufgebaut ist, kennt man sich nicht aus.

GR Pfeiffer bespricht sodann die einzelnen Gemeindeabgaben. Die Fürsorgeabgabe, die eigentlich Lohnzuschlagsteuer heissen müsste, ist eine Strafe für die produktive Arbeit, sie ist geradezu ein Anreiz dazu, die Arbeit zu drosseln. In Besprechung der Wohnsteuer weist der Redner darauf hin, dass es für unsere Wirtschaft nicht das entscheidende Problem sei, ob die Mieter etwas mehr oder weniger an Zins bezahlen, das entscheidende Problem ist, wie die Arbeitslosigkeit behoben werden kann. Die Einstellung von Leuten in die Gemeindefache ist allerdings nicht das richtige Mittel die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Wir müssen überhaupt fragen, wozu die Gemeindefache noch besteht, nachdem ihr durch die Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes die einzige ihr zugedachte Verwendung, die Verkehrspolizei zu regeln, genommen worden ist. Die Lustbarkeitsabgabe schafft Ungerechtigkeiten nach allen Seiten. Da ist einem Zirkus die Abgabe auf 150 Schilling im Tag ermässigt worden. Dagegen musste die Deutsche Hochschule für Leibesübungen, das höchststehende Unternehmen, das es in Europa auf diesem Gebiet gibt, für zwei Vorführungen im Konzerthausaal die ausserordentlichen hohen erzieherischen Wert hatte, eine Lustbarkeitsabgabe von mehr als tausend Schilling bezahlen (Hört! Hört! rufen die tatsächlichen Bedürfnissen entsprechende bei der E.L.) Es ist eine Novellierung des Gesetzes unbedingt notwendig.

Der Redner bespricht sodann die Schikanen, die bei der Eintreibung der Nahrungs- und Genussmittelabgabe mit Vorliebe angewendet werden. Gemeinderat Pfeiffer schliesst seine Ausführungen mit der Bemerkung, dass er dem Voranschlag seine Zustimmung nicht geben kann, weil nicht nur die Steuermethoden ganz falsch sind, sondern auch der Wiener Gemeinderat durch ein unwürdiges System zu einer Abstimmungsmaschine gemacht worden ist. (Beifall bei der Minderheit)

GR Ellend (E.L.) bespricht zunächst die Ansätze des Voranschlages. Stadtrat Breitner lässt jeden Voranschlag mit einem Defizit enden. Das ist nun einmal seine Finanztaktik. In Wirklichkeit entpuppt sich jedes Breitner'sche Defizit in einem ansehnlichen Ueberschuss. Der Steuerdruck der Gemeinde Wien ist nicht mehr erträglich und es muss mit ihm sobald als möglich Schluss gemacht werden, da wir sonst einer wirtschaftlichen Katastrophe entgegengehen. Statt das die Gewerkschaften das Wohnbauförderungsprogramm der Regierung als "gefundenes Fressen" angenommen haben, wurde es zur grössten Ueberschuss aller, die an dem wirtschaftlichen Aufbau unseres Staates Anteil nehmen, abgelehnt. In den ersten zehn Monaten dieses Jahres wurden nicht weniger als 34 Millionen Schilling für Häuserreparatur in Wien angefordert. Das beweist, dass der Mieterschutz den Mietern eine ungeheure Mehrleistung auferlegt. Die Mieterschutzfrage ist für die sozialdemokratische Partei nur ein politisches Schlagwort, das zum Nachteil der Bevölkerung angewendet wird. Dass an dem Mieterschutz nicht gerüttelt wird, ist auch unser Wunsch. Sie aber haben schon 45.000 Parteien, die Sie in Ihren Gemeindefächern untergebracht haben, aus dem Mieterschutz herausgenommen.

Reichsverband der Arbeitsinvaliden. Der Reichsverband der Arbeitsinvaliden, deren Witwen und Waisen Oesterreichs, gibt heute bekannt, dass es ihm gelungen ist, bei der Gemeinde Wien auch für Pfründner, Altersrentner und Unfallrentner eine Weihnachtsunterstützung durchzusetzen. Die Pfründner, Alters- und Unfallrentner sollen sich zwecks Gewährung einer Weihnachtsaushilfe an ihren zuständigen Fürsorgerat wenden. Demgegenüber wird festgestellt, dass der Reichsverband weder bei der Wiener Gemeindeverwaltung vorgeschrieben, noch von dieser die Gewährung einer Weihnachtsunterstützung an Pfründner, Alters- und Unfallrentner zugesichert erhalten hat. Es handelt sich wieder um eine ganz unverantwortliche Irreführung der armen Leute, die nicht nur eine Enttäuschung erfahren, sondern auch zu unnützen Auslagen und Wegen verleitet werden. Der gleiche Missbrauch hat sich auch heuer zu Ostern ereignet und wurde auch in der Öffentlichkeit gebrandmarkt.

Gemeinderat Eiland beschäftigt sich sodann mit dem Hauseinsturz auf der Alserbachstrasse und verweist auf die grosse Zahl von baufälligen Häusern, die es auch sonst in Wien gibt, und die nur deshalb nicht Instand gesetzt werden, weil es an jedem Anreiz für das private Baukapital fehlt. Er bespricht sodann das Bauförderungsprogramm der Regierung, in dem er ein Mittel sieht, der Arbeitslosigkeit und der Wohnungsnot beizukommen. Von einer solchen Bauförderung des Bundes würde am meisten die Gemeinde Wien profitieren. Der Redner verlangt sodann eine Verlängerung des Baubegünstigungsgesetzes und beantragt auch, das Gesetz vom 18. März 1927 in dem Sinn abzuändern, dass der darin festgesetzte Endtermin, der die Voraussetzung für die Befreiung von der Wohnbausteuer aus dem Titel der Bauführung findet, bis 31. Dezember 1931 erstreckt wird. Zum Schlusse appelliert er an die Mehrheit, an Stelle der Parteipolitik praktische Wirtschaftspolitik treten zu lassen. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit).

GR. Holoubek (E.L.) bemerkt, man müsse sich darüber steuern mit welcher Kühnheit der Finanzreferent die Erfolge der Gemeindepolitik gerühmt habe. In Wirklichkeit hat unter der Ueberbesteuerung, die das hervorragendste Kennzeichen, der städtischen Finanzpolitik ist, nicht nur Handel, Gewerbe und Industrie, sondern auch vor allem die Arbeiterschaft zu leiden. Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und geringer Ertrag der Arbeitskraft, sind die Zeichen unserer Zeit. Nach den Mitteilungen des freien Gewerkschaftsbundes entfallen 47 Prozent des gesamten Arbeitslosenstandes auf Wien. In dieser Ziffer drückt sich die grosse Not der Arbeiterschaft aus. Die Gemeinde Wien hat sich zum Ziel gesetzt, durch ihre Steuern nur Luxus und Reichtum zu treffen, sie trifft aber in Wirklichkeit auch die Arbeiterschaft damit. Nicht alle Waren, die der Befriedigung höherer Luxusbedürfnisse dienen, dürfen als Luxus hingestellt werden. Auch darf man nicht vergessen, dass gerade in der Luxuswarenindustrie die Qualitätsarbeit Verwendung findet und es ist daher verkehrt, gerade diese Industrie, die im Auslande so hoch gewertet wird, durch die Ueberbesteuerung zu erschlagen. Alle Versicherungen des Finanzreferenten täusche nicht darüber hinweg, dass Not Elend und Entberhrungen in dieser Stadt zu Hause sind. Gerade in den Erwerbszweigen, die durch die Gemeindesteuern bedrückt werden, ist eine Zunahme der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen, in der Autoindustrie, in den graphischen Gewerben, in der Nahrungsmittelindustrie, im Schankgewerbe. Die Arbeitslosigkeit der Hausgehilfinnen ist erschreckend. GR. Holoubek bestreitet sodann, dass die Rückläufigkeit in der Zahl der Konkurse und Vergleiche

so überwältigend sei, wie sie der Finanzreferent dargestellt habe, und bemerkt, dass die Investitionstätigkeit der Gemeinde in der Richtung der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nur ein/bedingten Wert habe, da /immer nur dieselbe Schicht von Arbeitern und zwar über die normale Zeit hinaus beschäftigt wird, während in einer Reihe von Berufen einen dauernden Stillstand gibt.

Redner beschäftigt sich dann eingehend mit der Fürsorge der Gemeinde. Er berüchtelt, dass für die Warmstuben nur 68.560 Schilling ausgegeben werden. Das müsse als eine Lappalie bezeichnet werden. Auch der Betrag von 10 Millionen Schilling für die Erhaltungsbeiträge ist viel zu gering. Jeder Gemeinderat kann berichten, wie viele arme Leute in seine Wohnung kommen, um Hilfe zu erbitten. Das sind die Personen die von der Gemeinde Sach- oder Geldaushilfen erhalten. Es sind aber nur 2 Millionen Schilling für diesen Zweck im Voranschlag vorgesehen. In diesem Betrag ist aber noch eine Million Schilling für Notstandshilfen für Arbeitslose enthalten. Der Herr Gemeinderat Kohl, der sich gestern hier als Fabrikprolet ausgegeben hat, sollte die Courage haben den Antrag zu stellen, diese Summe zu verdoppeln. Ich selbst stelle den Antrag nicht, weil Sie mir sonst als Mitglied der Minderheit Demagogie vorwerfen würden (Zustimmung bei der Minderheit).

GR. Riess (Soz. Dem.) : Ihre Parteigenossen sollen in anderen Haus die Arbeitslosenunterstützung erhöhen!

GR. Holoubek : Sie haben auch die Pflegebeiträge verkürzt. Wir können aber zu dieser Gemeindeverwaltung schon deshalb kein Vertrauen haben, weil sie die christlichen Arbeiter in einer Weise behndelt, die jeder Demokratie Hohn spricht. Der Proporz, der sich in der Wahl der Gemeinderäte ausdrückt, sollte auch bei den Anstellungen im Gemeindedienst gelten. Heute werden nicht einmal alle Sozialdemokraten angestellt, die sich um einen Gemeindeposten bewerben, sondern nur die, die dem Sektionsleiter der politischen Organisation kennen. Es ist ein schwerer Defekt, wenn der Anstellungswerber, diesen Mann nicht kennt. Sie stopfen die Betriebe voll mit ihren Anhängern, aber Ihre Methoden der Gewalt erzeugen Gegendruck. Er hat bereits dazu geführt, dass heute die durch Veräusserung zu sehr geeinigten christlichen Arbeiter und Angestellten der Gemeinde Wien sich vor Ihnen nicht mehr fürchten. Wenn man über weiss, dass diese Arbeiterschaft nur drangsaliert wird, nur Nachteile und keine Vorteile hat, dann hat man alle Ursache gegen dieses Budget zu stimmen. (Beifall).

GR. Angermayer (E.L.) meint, dass die Redner der Minderheit zum Voranschlag eine rein sachliche Kritik geübt haben und weit entfernt von faktischer Opposition waren. Die Minderheit müsse insbesondere gegen die Finanzpolitik der Gemeindeverwaltung Stellung nehmen. Eine Finanzpolitik muss aufbauend wirken. Die des Stadtrates Breitner wirkt aber zerstörend. Dies geschieht absichtlich auf Weisung seiner Partei die die Zerstörung der Privatwirtschaft wünscht. Wir können deshalb Ihre Finanzpolitik nur als Wirtschaftszerstörer bezeichnen. Dies ergibt sich aus verschiedenen Momenten. Wir wissen, dass bei der Erlassung von Steuergesetzen die Gutachten wichtiger wirtschaftlicher Körperschaften entweder gar nicht eingeholt werden, oder wenn sie vorliegen, einfach ignoriert werden sind. Ihre Finanzpolitik huldigt dem Grundsatz, dass alles der Gegenwart aber nichts der Zukunft aufgelastet wird. Unsere Wirtschaft ist aber durch den Krieg und die Notkriegszeit hart mitgenommen und es ist ein unhaltbarer Zustand, der sich ruine auswirken muss, wenn sie weiter die gesamte Last auf die Gegenwart wälzen.

Redner beschäftigt sich nun mit den einzelnen Steuergattungen

Die Einnahmen ^{der Gemeinde} sind für das Jahr 1929 um 20 Millionen Schilling höher veranschlagt, als für das laufende Jahr. Sie zerfallen in zwei Gruppen. Die eine Gruppe sind die Abgabenertragsanteile. Für 1928 waren sie mit über 110 Millionen Schilling präliminiert, für 1929 sind sie mit 123 Millionen veranschlagt. Der Bund ist also für die Gemeinde ein sehr tüchtiger Steuereinnahmer, wofür ihm die Gemeinde sehr dankbar sein muss. Es ist daher der Kampf der Gemeinde gegen den Bund vollkommen unbegreiflich. Diese 123 Millionen Einnahmen aus den Bundesertragsanteilen sind mehr als ein Drittel der gesamten Einnahmen. Die zweite Gruppe der Einnahmen sind die Gemeinde- und Landesabgaben. Der Redner bespricht nun die Fürsorgeabgabe, die für die Wirtschaft eine ganz unerträgliche Belastung darstellt. Die Lustbarkeitsabgabe ist von der wirklichen Besteuerung des Schlemmertums schon sehr weit abgerückt und die Nahrungs- und Genussmittelabgabe ist auch keine Besteuerung nur der Reichen mehr. Von ruinöser Wirkung ist die Hausgehilfenabgabe und die Wertzuwachsabgabe ist ebenfalls eine ganz ungerechtfertigte Steuer. Die Steuereintreibung wird zu oft brutal betrieben. Durch Ihr Steuermaxim ist die Privatwirtschaft um eine Milliarde Schilling ärmer geworden und sie wird im kommenden Jahr um 184 Millionen Schilling mehr, die Sie für Häuserbauten und Investitionen ausgeben, ärmer werden. Der schwerste Vorwurf aber, der Ihr Steuerverwaltung trifft, ist der, dass diese parteipolitisch eingestellt ist. Der Redner bespricht dann die Kleinrentnerhilfe, die von den Sozialdemokraten reichlich zum Mitgliederfang ausgenützt wurde. Der Redner bemängelt es schliesslich, dass gegen einen ausdrücklichen Gemeinderatsbeschluss im Budget nur der Betrag von 500.000 Schilling für die Kleintentner eingestellt ist und beantragt dass der laut Gemeinderatsbeschluss vom 31. Mai 1927 festgelegte Betrag von einer Million für die Kleinrentner auch tatsächlich im Budget aufscheint. (Beifall bei der E.L.)

ST.R. Breitner beschäftigt sich einleitend mit dem im Laufe der Debatte gestellten Anträgen und empfiehlt die Anträge die eine Erstreckung des Baubegünstigungsgesetzes zum Gegenstande haben, der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zuzuweisen. Er beabsichtigt sei, eine Verlängerung dieses Gesetzes eintreten zu lassen, ohne dass im gegenwärtigen Zeitpunkt schon über das Ausmass der Verlängerung etwas gesagt werden kann. Im übrigen lehnt Stadtrat Breitner die gestellten Anträge ab.

ST.R. Breitner kommt sodann auf die Ausführungen der Debatteredner über die Frage der Abgabenteilung zu sprechen und erklärt er nehme es mit Dank zur Kenntnis, dass Stadtrat Kunschak die Auffassung vertreten hat, seine Partei fühle sich hier doch über die sonstigen Gegensätze hinaus als Wiener Partei mit der Mehrheit ^{Eintritte} identisch und es können zu harte nicht zugelassen werden. Allerdings hat sich Dr. Wagner, der Vertreter des zweiten Teiles der Einheitsliste ohne alle Einschränkung auf den Standpunkt der Bundesländer gestellt und sich durch keine Rücksichtnahme auf die Wiener Wähler beschränkt gefühlt. Er überlässt diese Sorge offenbar der christlichsozialen Partei (Sehr gut bei der Mehrheit) aber wir nehmen es zur Kenntnis, dass in dieser Frage, wie es oft in der Vergangenheit war, die Parteiengegensätze schweigen, dass beide grosse Parteien darin einig sind, dass Dinge nicht erfolgen dürfen, die das Wiener Budget zu erschüttern in der Lage sind.

^{sagt Stadtrat Breitner} Es war sehr gut, dass rechtzeitig die Wiener Steuerträger aufmerksam gemacht wurden, von welcher Gefahr sie bedroht sind. Vielleicht waren die Erörterungen in der Öffentlichkeit ganz nützlich. Mindestens dürften sie ^{mit dazu} beigetragen haben, dass sich die Verhandlungen, deren eine erst heute vormittag mit dem Bundesfinanzminister geführt wurde, allmählich günstiger gestalten. Es wird zwar nicht ohne eine Steuerbelastung für einen Teil der Wiener Bevölkerung abgehen, aber es kommt doch nicht zu Massnahmen, die das vorliegende Budget sprengen würden. (Beifall bei der Mehrheit)

Es ist selbstverständlich, wie dies Stadtrat Kunschek dargelegt hat, dass Wien nicht losgelöst von den Bundesländern seine eigenen Wege gehen kann. Auch wir wünschen, dass die Länder ein entsprechend hohes Verwaltungsniveau haben, wir wünschen aber auch, dass sie ihre eigenen Anstrengungen machen, und es sich nicht allzubequem gestalten. Ebenso gehen wir an, dass Niederösterreich durch die Trennung von Wien wenigstens in der Uebergangszeit sich in einer schwierigen Lage befindet doch ist nun bei der Verteilung der 21 Millionen aus den Bundespräzipuum nicht nach den vom Gemeinderat Kunschek vertretenen Grundsätzen vorgegangen, vielmehr hat man dem Lande Niederösterreich auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet am wenigsten von allen österreichischen Bundesländern gegeben. (Hört! Hört bei der Mehrheit).

Stadtrat Breitner erklärt dann, dass es vollständig unrichtig sei, dass die Renovierung des Kaffee Prückl zu einer Erhöhung der Nahrungs- und Genußmittelabgabe benutzt worden sei. Das Kaffeehaus war drei Monate geschlossen. Es handelt sich dabei um eine normale Renovierung, sondern um eine völlig neue Gestaltung. Die Genossenschaft hat den Abgabebesatz von 14 Prozent für zu hoch erklärt und 12 Prozent für angemessen bezeichnet. Der Magistrat hat sich daran gehalten. Die Bemessung der Steuer erfolgte am ersten Tag der Eröffnung des Kaffeehauses und steht daher mit dem Konflikt, den die Besitzerin mit den Angestellten hatte, in keinem Zusammenhang. Die Steuerrevisionen können gewiss nicht besonders wenn sie die Stundenhotels betreffen, als Annehmlichkeit bezeichnet werden. Aber es blieb kein anderer Ausweg. Es wurden drei Viertel der schuldigen Steuern von den Stundenhotels hinterzogen. Das bedeutet eine schwere Schädigung der anständigen Betriebe. Von 132 Hotels haben nur 65 tadellos und anständig verrechnet. Durch die von der Minorität so sehr bekämpfte Revision wurden Nachbemessungen in der Höhe von 730.000 Schilling vorgenommen. Schon daraus geht der grosse Umfang der Steuerhinterziehungen hervor. Vom Juli 1927 bis Juli 1928 ist der Jahresertrag dieser Steuer um eine Million Schilling gestiegen. Unrichtig ist auch, dass beim Carl-Theater die Bezahlung der von dem Vorgänger schuldig gebliebenen Lustbarkeitssteuer nicht verlangt wurde. Direktor Berisch hat vierzehn Tage vor der Einbringung seines Konzessionsgesuches 30.000 Schilling gezahlt und bis zum Tage seiner Abreise täglich 50 Schilling als Abstattung der rückständigen Steuer entrichtet. Was die Pauschalierungen anlangt, so will ich feststellen, dass der Prozentsatz der Pauschalierungen im Jahre 1925 nur 25 Prozent ausmachte und er heuer auf 52 Prozent gestiegen ist. Pauschalierungen können eben nur auf Grund langer Erfahrungen erfolgen. Die Abschaffung der Wasserkraftabgabe ist keine einfache Sache, da im Falle ihrer Abschaffung der Preis für den elektrischen Strom erhöht werden müsste. Der Weg einer Anleihe für den städtischen Wohnhausbau ist nicht zu gehen. Dass von besonderen Härten der Steuereintreibung nicht gesprochen werden kann, beweist, dass von 11.673 Stundungsgesuchen 10.970 bewilligt worden sind. Mein Bericht über die Wirtschaftslage war von dem Wunsch getragen, gewisse günstige Momente im Hinblick auf die traditionelle Raunzerei der Wiener in den Vordergrund zu stellen. Ich bin der Überzeugung, dass auch der Voranschlag für das Jahr 1929 wieder ein Stück Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse bringen wird, und bitte daher den Gemeinderat, dem Voranschlag seine Zustimmung zu geben. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit)

Damit ist die Generaldebatte über den gesamten Voranschlag und die Spezialdebatte über die Verwaltungsgruppe für Finanzwesen erledigt. Die Anträge Angermayer, Zimmerl und Rumelhardt werden abgelehnt, der Antrag Elend-Zimmerl der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugeführt und die Positionen der Verwaltungsgruppe II beschlossen.

Der Vorsitzende GR. Weigl schliesst um 22'30 Uhr die Sitzung. Die Beratungen werden am Montag um 16 Uhr fortgesetzt. Es beginnt die Spezialdebatte über die Verwaltungsgruppe I.